

Michael Daxner

Den Kosovokonflikt aus der akademischen Welt heraus verstehen ...

September 2000, Kosovo. Sechs Computer wurden als gestohlen gemeldet. Mit ihnen waren alle Daten zur Aufnahme in die Juristische Fakultät verschwunden. Niemand glaubte an Zufall.* 400 Studierende waren in der neuen Zulassungsordnung ausgewiesen, 2 000 hatten sich beworben. Die Eingangsprüfung ist von zweifelhafter Güte und manipulationsanfällig, wie alle Prüfungen in diesem testfreudigen Land: Je mehr Prüfungen, desto mehr Antworten und Lösungen kann man verkaufen.

Jura ist ein beliebtes Fach im Kosovo, fast so beliebt wie Medizin. Nicht nur wegen der (sehr ambivalenten) Verdienstmöglichkeiten und als Wechsel für die Zukunft. Der Anreiz des Faches macht grell deutlich, welche Rolle die Universität in der Gesellschaft des Kosovo in den letzten Jahren gespielt hatte und dass sie sie weiter zu spielen gedenkt. Schon in der Vergangenheit galt, was auch ich heute – wenngleich unter anderen Vorzeichen und mit anderen Qualitätsvorstellungen – für notwendig halte:

Die Universität dient vor allem der Schaffung einer politischen Klasse und der Formierung einer Elite, erst in zweiter Linie sucht sie professionell zu qualifizieren.

Den Kosovokonflikt aus der akademischen Welt heraus verstehen zu wollen lohnt allemal. Die 1970 durch Konzentration vorhandener Teilhochschulen gegründete Universität war von Anfang an eine große jugoslawische Staatsuniversität, mit bis zu 35 000 eingeschriebenen Studenten serbischer und albanischer Ethnizität. Die hohen Zahlen signalisieren schon für die Vergangenheit: Zugehörigkeit rangiert vor Leistung, d. h. es war und ist wichtiger, überhaupt zu studieren, als sich für etwas Bestimmtes ausbilden zu lassen; die Drop-out-Raten waren und sind hoch, der Kampf um Zulassung ist auch heute noch aktuell.

Heute ist es notwendig, auf die Schaffung einer politischen Klasse zu setzen, um die überholten städtischen

Bildungseliten und die romantisierende alte Garde durch eine demokratische, den zivilgesellschaftlichen Mechanismen verpflichtete demokratische Elite zu ersetzen. Die 30 Jahre seit 1970 wurde die Universität Pristina als der Ort verstanden, an dem sich formieren konnte, was woanders kein demokratisches Forum fand (es musste allerdings auch hier nicht demokratisch agieren). Stellvertretend für einen Staat, den es (noch) nicht gab, für eine gesellschaftliche Identität, die sich gerade erst (virtuell) entwickelte, für eine Sozialisation, die viele ihrer ethnischen und kulturellen Idiosynkrasien erst erproben sollte, wurde vor allem auf politische Korrektheit geachtet. Die Universität war von ihrer Konstruktion her eine große Gesamthochschule, mit Abschlüssen nach zwei bis vier Jahren (Fachoberschule bis akademische Grade und Doktorate). Der Export ihrer Absolventen in andere jugoslawische Regionen und zunehmend ins Ausland war normal, bis sich das albanische System vom serbischen abspaltete. Die Universität hatte immer über den lokalen und regionalen Markt hinaus ausgebildet, wenig geforscht und ihren Nachwuchs überwiegend aus den eigenen Reihen ›politisch‹ rekrutiert. Das kann sich durchaus mit Qualifikation paaren, muss es aber nicht; diese Rekrutierungspolitik hat ihre eigentlichen Wurzeln in der insbesondere seit 1989 völlig abgeschlossenen Innenwelt der Hochschule und ihrer gegenüber der serbischen ›Staatsuniversität‹ abgekapselten albanisch-kosovarischen Parallelwelt. Diese Welt spielte sich in Privathäusern ab, wurde durch Überweisungen von Albanern aus der Diaspora (Deutschland, Schweiz, Österreich u. a.) relativ großzügig finanziert und ist als ein groß angelegtes Beispiel zivilen Ungehorsams in halb legaler Umwelt ziemlich einmalig in Europa.

Die Universität war aber auch eine Institution, die alle Voraussetzungen für die Ausdifferenzierung ihrer Mitglieder analog zu den politischen Entwicklungen mitbrachte. Vor allem Zulassungs- und Berufungspolitik



drückten die ethnischen Spannungen und ihre Instrumentalisierung recht genau aus. Folgerichtig wurde die Universität zum Austragungsort ethnisch und politisch definierter Korrektheiten, also der Ort, über dessen Regeln sich eine politische Klasse definierte, indem sie die zunehmende Diskriminierung der kosovarisch-albanischen Mitglieder durch die serbischen Mehrheiten (in Umkehrung der außeruniversitären Realität) zu einem entscheidenden Moment der Selbstdefinition machte, wenn auch unter vielfältigem Protest von Albanern. Die Distanzierung der albanisch-kosovarischen Eliten vom staatlichen System Jugoslawiens konnte über die Hochschulpolitik vermittelt werden: Serbische und albanische Institute bestanden am Ende (1998) nebeneinander; hier wurden die Grundlagen jenes quasi-staatlichen Voluntarismus gelegt, der in der realen ›Republik Kosovo‹ unter Ibrahim Rugova während des so genannten Parallelsystems (1989 – 1999) seinen Ausdruck finden sollte. Das galt spiegelbildlich für die offizielle serbische Politik an der Universität ebenso; nicht verwunderlich, dass heute diejenigen Wissenschaftler, die, ohne sich zu engagieren, an der offiziellen serbischen Universität während des Parallelsystems gearbeitet haben, als ›Kollaborateure‹ kaum eine Chance haben, wieder von ihren albanischen Kollegen akzeptiert zu werden, wobei hier, typisch für Nachkriegszeiten, sehr wenig Einzelfallprüfung stattfindet.

Die Juristische Fakultät bietet auch ein gutes Beispiel für die Parallelwelt. Sie substituierte weite Bereiche der Sozialwissenschaften. Soziologie, Politikwissenschaft, Journalismus, Psychologie, Public Administration, Sozialarbeit – Disziplinen, die wir, d. h. die UNMIK-Verwaltung, gerade erst einführen. Zwar wurde bei den Juristen kaum positives Recht gelehrt, zwar gab es keine wissenschaftliche Öffnung zur europäischen Realität, aber gerade deshalb eignete sich die Fakultät besonders gut dafür, eine Art von identitätsstiftender politischer Klasse zu erzeugen. Kein Wunder, dass dies nach dem Krieg, unter dem Gesichtspunkt des Wiederaufbaus, zu einer mehr als ambivalenten Haltung zu allen Reformen führte. Lange vor dem kriegerischen Konflikt 1999 gab es im Parallelsystem schon die Anwartschaft auf Belohnung nach der Befreiung, die heute als nachträglicher ›Deferred gratification pattern‹ im politischen Diskurs eine große Rolle spielt und oft gegen Qualitätsargumente ausgespielt wird.

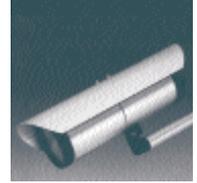
Nun hat das albanisch-kosovarische Parallelsystem die Universität unter virtuellen Bedingungen über die Zeit gebracht und damit gegen Kritik weitgehend immuni-

siert: In privaten Räumen betrieben, durch Zuwendungen aus dem Ausland und durch eingetriebene ›Spenden‹ finanziert, vollständig selbstreferenziell und inzestuös reproduziert (bis zu 16 Karrierestufen in der Hierarchie wurden nach internen Normen vergeben), ohne ernst zu nehmende Forschung (mit Ausnahmen), hat die Universität nach dem Krieg im Sommer 1999 begonnen, sich in ihr neu erobertes ›Eigentum‹ als mit sich identisch einzulieben (hier durften sie ›Albaner‹ sein, so wie es ihrer Vorstellung von sich selbst entsprach) und auf ihrer korrekten Vergangenheit aufzubauen, wobei die Zwänge und Leiden der Vergangenheit jede Formgebung prästabilierten: Die Niederlagen und Demütigungen festigten das Selbstbild. Eine wirklich radikale Infragestellung dieses Selbstbildes war nicht zu erwarten, sie hatte auch keine allgemein akzeptierten Fürsprecher.

Radikale Modernisierung

Seit über sieben Monaten leite ich neben dem Erziehungs- und Schulbereich auch die Universität, als ›International administrator‹. Mit großer Anstrengung habe ich, gemeinsam mit einer winzigen Abteilung und wenigen kooperativen Mitgliedern der Universität, einige Breschen in das traditionelle Selbstverständnis der Hochschule schlagen können. Es gibt Verträge, befristet und wenig attraktiv, einige Curricula sind im Neuaufbau, ein hochmodernes Statut wird heiß diskutiert und das Gesetz steht kurz vor der Fertigstellung. All das unter dem Dach des einzigartigen Verwaltungsmandats der UN, Peacekeeping through administration.

Nach vielen Jahren hochschulpolitischer Aktivität und Hochschulforschung stelle ich fest, wie wenig unterschiedlich die Argumentationsmuster sind, wenn es gegen eine Modernisierung von Universität im Sinne von Demokratie und zivilgesellschaftlicher Verantwortung geht; Geldmangel und eine seltsame Sehnsucht, bedient zu werden, statt zu handeln, lähmen jeden Fortschritt. Trotzdem, gerade in dieser Grenzsituation erfüllt mich eine seltsam solidarische, wenn auch fast masochistische Lust, die angefangenen Reformen fortzusetzen und zu verfestigen. Denn die formalen Worthülsen, die begrifflichen Selbstverständigungen taugen ja perfekt zu dem einen Ansatz, der im Kosovo verstanden wird: Aus der Universität werden wieder die kommen, die Politik machen und sich der Öffentlichkeit stellen müssen, will man das Feld nicht nur den Helden und Legenden aus dem Krieg und dem Widerstand überlassen. Der Treibsatz, der eine



Rückkehr zu den alten Mustern der Reproduktion verhindert, heißt Qualität, vielleicht gleich gepaart mit Kritik und ein wenig mehr individueller Courage, gegen den strengen Code selbst auferlegter Korrektheit zu verstoßen. Dass dieser Weg ohne Umkehrmöglichkeit schon betreten wurde, haben erst wenige bemerkt.

Wir führen, mit Schwierigkeiten und unter manchem Protest, doch recht zügig ein »europäisches« Hochschulsystem ein, mit Bachelors und Masters, mit transparenten Berufungen, mit modernisierten Curricula und Studienplänen. Der politische Kontext ist dabei wichtig: Weil Kosovo ja, bei allem Streben nach Unabhängigkeit seiner albanischen Mehrheit, sich international gebunden hat, erscheint das eine gute Zwischenlösung, die einige Jahre stabil bleiben dürfte. Solange die DM Zahlungsmittel ist, die Sicherheit von KFOR garantiert wird, die Verwaltung unter UN-Mandat aufgebaut wird, und solange keine endgültige Lösung für die Souveränitätsfrage in Sicht ist, solange sind Wissenschaft und Wirtschaft die Faktoren der inneren Unabhängigkeit, die es zu entwickeln gilt. Hier nämlich haben sich nationale Strukturen ohnedies längst in internationale aufgelöst. Die Schlagworte für den Hochschulbereich sind Anerkennung, Mobilität und – mit Abstrichen – Employability als Qualifikationsziele. »Innere Unabhängigkeit« aber bedeutet die Schaffung eines kritischen und zivilen Selbstbildes mit Hilfe von Wissenschaft und unter der Autorität von Wissenschaftsgemeinschaften, die sich im Westen längst in einer gewissen Staatsdistanz etabliert haben.

Unter diesen Voraussetzungen ist es denkbar, dass Pristina sogar eine Führungsrolle in der Region einnehmen wird. Diese Region (Montenegro, Serbien, Makedonien, Albanien als engere, die übrigen Balkanstaaten als weitere Region begriffen) ist einerseits instabil und stark von den Entwicklungen im Kosovo abhängig, andererseits in einem nationalstaatlichen Rahmen, der unsere Handlungsfreiheit nicht erreicht. Jugoslawien wird sich wahrscheinlich schnell um den Wiederanschluss im wissenschaftlichen Bereich kümmern. Dabei können die Erfahrungen im Kosovo durchaus modellhaft sein, wie umgekehrt die dissidente demokratische Hochschulopposition (AAN, Alternative academic network) heute bereits den grenzüberschreitenden Sprung in die europäische Anerkennung geschafft hat. Das ist die Perspektive für den besten Fall, im schlechtesten wird alles in die Isolation zurückfallen und die Neigung der Europäer, keineswegs nur im Westen, obsiegen, Kosovo als Sonderfall zu behalten.

Die rabiate Modernisierung, die uns die Realität aufzwingt, scheint mir die bessere Option gegenüber einem schrittweisen Verfahren zu sein, das vielerorts gefordert wird. Rabiater muss sie sein, weil sie westliche Qualitäts- und Relevanzkriterien mit den Rahmenbedingungen verknüpfen soll und nicht allzu viel Experimentierspielraum hat. So viel allerdings steht fest: Wenn wir am Ziel eines einheitlichen kosovarischen Hochschulbereichs festhalten, dann kann die serbische Reintegration erst erfolgreich beginnen, wenn wir die Rechtsgrundlagen geschaffen und ein Stadium vertrauensbildender Maßnahmen im Rahmen von »kaltem Frieden« (Cold peace) durchlaufen haben. Die Alternative, eine »belgische« Lösung, halte ich zurzeit für nicht gangbar, nämlich ähnlich wie bei der sprachbestimmten Trennung von Leuven und Louvain-la-Neuve zwei monolinguale Paralleluniversitäten zu schaffen. Diese Lösung würde zurzeit eine weitere ethnische Separierung bedeuten. Sinnvoller erscheint mir unser partiell erfolgreicher Versuch, die serbischen Wissenschaftler davon zu überzeugen, dass sie auf absehbare Zeit von Belgrad nicht den institutionellen Rückhalt erwarten dürfen, den sie in abnehmendem Maß bisher erhalten haben. Und natürlich müssen die albanischen Kollegen einsehen, dass der »Tausch« der serbischen mit der »albanischen« Universität auch nicht das letzte Wort sein kann. Wir sind teilweise erfolgreich insoweit, als einige serbische Kollegen unsere UNMIK-Verträge unterschreiben.

In diesem traumatisierten, gewalttätigen, instabilen Land bedeutet Erziehung sehr viel, und das Kapital der demokratischen Entwicklung ist eine offene, lernbegierige Jugend. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass Kosovo vergessen wird, weil die internationale Gemeinschaft »lohnendere« Ziele findet, und wir müssen daran festhalten, dass im Wettlauf gegen die Zeit nur der rabiate Sprung nach vorne uns weiterhelfen wird.

* Mittlerweile ist der Schaden behoben.